

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1917

225 (15.5.1917) Mittagsblatt

Badische Landeszeitung

Samstag-Beilage: Kriegsdrachberichte der Woche

Samstag-Beilage: Badisches Unterhaltungsblatt

Ausgabe: Wöchentlich zweifach. — Bezugspreis: Vierteljährlich in Karlsruhe bei der Geschäftsstelle oder einer Niederlage bezogen M. 3.— in das Haus gebracht M. 3.30, durch die Post bezogen ohne Zustellungsgebühr M. 3.— gegen Vorauszahlung.

Anzeigengebühr: Die einseitige Kolonelle oder deren Raum 20 Pf., Restameizeile 80 Pf., bei Wiederholungen entsprechende Ermäßigung.

Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle der Badischen Landeszeitung, Karlsruhe i. B., Poststraße 9 (Fernsprech-Anschluß Nr. 400) sowie in allen bekannten Anzeigen-Geschäften.



Verantwortlich: Für den leitenden Teil, Deutsches Reich, Ausland, badische Politik und Feuilleton Walter Günther; für badische unpolitische Angelegenheiten, Lokalnachrichten, Gerichtssaal, Sport, Handel und letzte Drachberichte Karl Winder; für Redaktionen und Anzeigen Mathilde Schumann; sämtliche in Karlsruhe.

Sprechzeit der Schriftleitung: vormittags 1/10 bis 1/11 Uhr, nachmittags 1/6 bis 1/6 Uhr. Fernsprech-Anschluß Nr. 400.

Rotationsdruck und Verlag der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Girscht. 9, Karlsruhe.

Nr. 225

76. Jahrgang.

Karlsruhe, Dienstag, 15. Mai 1917

76. Jahrgang.

Mittagsblatt

Der Weltkrieg.

Zur Kriegslage.

Abendbericht.

W.B. Berlin, 14. Mai, abends. (Amtlich.) Wechselnd starke Artillerietätigkeit an den Kampfzonen im Westen. Bei Craucelle, Corbent und Veru-an-Bac blieben französische Teilvortöße erfolglos.

*) Berlin, 14. Mai. An der Arrasfront war am 13. Mai die Artilleriefire schwächer als an den Vortagen und nahm erst gegen Abend größere Stärke an. Die deutsche Luftüberlegenheit ermöglichte es der Artillerie unter voller Ausnutzung von Ballon- und Fliegerbeobachtung, die feindlichen Batterien an der ganzen Front mit guter Wirkung zu bekämpfen. An zahlreichen Stellen explodierten Munitionslager, und aus mehreren Batteriestellungen flüchtete die Bedienung. Ein Angriff einer englischen Kompanie gegen den Park von Oppy brach am frühen Morgen des 13. Mai im deutschen Sperrfeuer zusammen. Die Versuche der Engländer, den Bahnhof und das Dorf Roux zur Verteidigung auszubauen, wurden durch planmäßiges Artilleriefire gestört. Truppenansammlungen westlich Gourelle gegen Einbruch der Dunkelheit wurden im deutschen Feuer zersprengt. Ein 11 Uhr abends an der Straße Fampour-Fresnes vordringender englischer Angriff brach in deutschem Feuer zusammen. Der 13. englische Angriff bei Gueudecourt scheiterte am Morgen des 13. Mai, der 14. am Abend des gleichen Tages. Trotz des gewaltigen, mit Nebelbomben untermischten Trommel- und Mörserfeuer war die tapfere Besatzung nicht zu erschüttern. In zähem Sandgrabenkampf wurde das Dorf behauptet. — Auf St. Quentin lag dauernd Feuer, vor allem auf der Gernern Stadt, wo mehrere Brände ausbrachen.

An der Aisne-Front und in der westlichen Champagne war das Artilleriefire verhältnismäßig schwach, lebhafter nur zwischen Winterberg und Straße Corbent-Neims, sowie von der Aisne bis nordwestlich Reimont. Während die französische Offensivbewegung stockte, verbesserten die Deutschen ihre Stellung nordwestlich Craucelle und bei Zubincourt durch Verschieben ihrer Infanterielinien. Ebenso gelang eine Verbesserung der deutschen Stellungen auf der Höhe 108. Dieser vollkommen geschlossene und von Granaten um und umgewühlte Hügel, der nördlich von Veru-an-Bac unermittelt aus der Ebene steigt, flankiert jedes weitere französische Vordringen auf Zubincourt.

Vor einem Jahr.

15. Mai 1916. Englische Angriffe bei Gulluch, französische am Toten Mann abgeschlagen. — Österreichisches Vordringen bei S. Martino und am Tolmeiner Brückenkopf. Bombenangriff auf Balona und Caseno.

Bekannt.

Roman von Hedda von Schmid.

*) Nach ein paar Stunden, dann bin ich die Verantwortung für die unheimliche, kleine Person los, dachte Fred Delane mit einem Gefühl der Erleichterung. Ich komme mir nachgerade wirklich wie ein „Menagerieführer“ vor, fügte er ärgerlich in seinen Gedanken hinzu.

Henrika hatte sich während der ganzen Reise niemanden unter den Passagieren erster Kajüte angeschlossen. Die eine und die andere der Damen hatte sie hin und wieder angezogen, um eine leise, gemurmelte Antwort, ein „Ja“ oder ein „Nein“ zu hören. Schließlich hatte es niemand mehr der Mühe wert gehalten, sich um das fremdartige Geschöpf, das schon durch seine höfliche Kleidung auffiel, zu kümmern. In der ersten Kajüte herrschte leibhaftig höchste Eleganz. Und nur Henrika in ihrem leibhaftig höchsten, ärmlichen Fräulein mitten unter den Damen, die dreimal täglich Toilette machten! Henrika hatte gebeten, in ihrer Kabine speisen zu dürfen. Sie war an der Table d'hôte ja auch abholen nicht courtfähig gewesen.

Man begriff nicht, wie dieses unscheinbare Geschöpf, das seine Augen fast nie zu jemandem aufhob, zu dem eleganten Fred Delane gehörte. Er knirschte mit den Zähnen, wenn er wieder einmal die erstaunte, lächelnde Frage: „Wer ist das seltsame, junge Mädchen?“ beantworten mußte.

„Die Braut eines Freundes in Kanada — ich bin eine Art von Kinderfrau!“ hatte er mit unterdrückter Wut einer hübschen, jungen Frau geantwortet, und Henrika ins Pfefferland oemüht. Die elegante Französin hatte hell aufgelacht über seinen Herrn, den er nicht zu verhehlen vermochte und der so überaus dreist wirkte bei einer Fahrt so gelassenen, überlegenen Art. Am nächsten Tage er hier in Hamburg seine Schutzbescheine in den Zug geklebt und sie nach Berlin expediert.

Trotz stärkster Artilleriewirkung und macehemem Menschen-einsatz hatten die Franzosen es nicht vermocht, diesen Explois aus der deutschen Stellung herauszubringen. Die deutsche Besatzung, die sich mit den Franzosen in den Besitz der Kunde teilte, hat jetzt die deutsche Linie vorgeschoben. Kühne Stoßtrupps bemächtigt sich eines Teiles des dortigen Steinbruchs und brachten Gefangene ein. Das daraufhin einsetzende starke Artilleriefire vermochte an dem deutschen Erfolg nichts mehr zu ändern.

An der Ostfront wurden als Vergeltung für die Beschädigung von Lulea Bahnhof und militärische Anlagen von Galatz mit Feuer und Bomben mit Bomben belegt. Auf dem Bahnhof wurde eine Explosion beobachtet und in Galatz an mehreren Stellen Brände festgestellt. Feindliche Batterien, die unser Feuer erwiderten, wurden zum Schweigen gebracht.

Ein französischer Transportdampfer versenkt.

W.B. Berlin, 14. Mai. (Amtlich.) Eines unserer im Mittelmeer operierenden U-Boote, Kommandant Oberleutnant zur See, Launburg, griff am 13. April den französischen Transportdampfer „Colbert“ (5394 B. N. L.) mit Truppen und Schiffsmaterial von Marseille nach Saloniki unterwegs, in dem Kanal von Calise an und brachte ihn durch Torpedotreffer innerhalb 5 Minuten zum Sinken.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Friedensströmungen in England.

*) Berlin, 15. Mai. Aus dem Haag wird dem „Verf. Tagbl.“ berichtet: Auf einem Arbeiterkongress in Norwich, auf dem 27 Gruppen der Gewerkschaften aus bedeutenden Teilen Englands vertreten waren, wurde eine Resolution angenommen zugunsten eines ehrenvollen Friedens, der sich durch Verhandlungen herbeiführen lasse, während ein militärischer Sieg schwer zum Schaden der Nationen der Welt aufgezwungen werde. Die Resolution wurde mit 266 gegen 14 Stimmen angenommen.

Streik.

*) Berlin, 15. Mai. In London waren am Samstag plötzlich 5000 Dmnbusanstellte in den Ausstand getreten. 200 000 Baumwollweber drohen ebenfalls mit dem Ausstand und fordern eine 20prozentige Lohnerhöhung. Als noch schlimmer wird das Andauern des Streiks der Maschinenarbeiter in mehreren Teilen des Landes geschildert. In einer Konferenz, die heute in London stattfinden soll, soll über die Lage beraten werden.

Unterseebootskrieg und Arraschlacht.

DK. Am 23. April haben die Engländer bei Arras einen Ansturm auf die deutschen Linien begonnen, der an Munitionsaufwand und Einsatz von Mannschaften alles bisher Dagewesene übertrifft. Ohne Rücksicht auf die schweren Opfer an Menschenleben suchten sie mit aller Gewalt die deutschen Stellungen zu durchbrechen, um bald eine für sie günstige Entscheidung im Landkrieg zu erzwingen. Abgesehen davon, dass vor dem Krieg als Landmacht mit den Seelandsstaaten gar nicht zu vergleichen war, jetzt seine ganze Hoffnung auf sein neues Millionenheer gesetzt. So groß dieses Heer schon jetzt ist — und zahlenmäßig sind die englischen Truppen in Frankreich den ihnen gegenüberstehenden deutschen Streitkräften weit überlegen, — so fordert die Heeresleitung doch noch weitere 500 000 Mann, denn nur zu sehr fühlt man, daß die Zeit doch nicht auf der Seite Englands steht, daß vielmehr mit jedem Tage das erane Gespenst des Mangels näher rückt.

Als Deutschland den uneingeschränkten Unterseebootskrieg ankündigte, da hieß es überall, es sei der letzte Wurf des verzweifelten Spielers. Drei Monate sind seitdem ins Land gegangen: mit besserem Rechte oder kann man diesen Vergleich auf den verlustreichen Angriff bei Arras anwenden. Der Erfolg des deutschen Unterseebootskrieges ist nicht mehr abzuleugnen, wenn auch die englische Regierung ihn durch sorgfältig aufbereitete Statistiken über den Schiffsverkehr in ihren Häfen zu verheimlichen sucht. Die Knappheit an Lebensmitteln und die Teuerung haben eine ganz andere Beweiskraft. Seit langem schon bemühen sich die besten Köpfe der englischen Admiralität, ein Mittel gegen die Unterseebootschiffe zu finden, gefunden haben sie aber noch keins und die mächtige englische Flotte liegt untätig in Scapa Flow und weiß sich keinen Rat, während mit jedem Tage die Handelsflotte mehr einwärtskrumpft.

Den Tonnengehalt der zwischen dem 1. Februar und 1. Mai versenkten Schiffe wies auf etwa 2,8 Millionen Tonnen veranschlagt, wozu die englische Flotte mit mindestens 1 1/2 Mill. Tonnen beteiligt ist. Das ist ein Verlust, den auch England nicht lange aushalten kann, weil es weit mehr als irgend ein anderes Land auf überseeische Zufuhr angewiesen ist. Die Einschränkung der Einfuhr, die von der Regierung angeordnet ist, um mehr Frachtraum für die notwendigen Waren zu gewinnen, wirkt wie ein Tropfen auf einen heißen Stein. In einem Vierteljahr vorrichteten die deutschen Unterseeboote mehr, als durch solche Maßnahmen in einem Jahr erspart werden könnte, weit mehr auch, als die englischen Werften in einem Jahre an Neubauten zu liefern imstande sind. „Wir müssen bauen, bauen, bauen, Ton und Nacht“, sagt „Osberber“ schon am 28. Januar, und am 12. April ließ auch Lloyd George den Ruf ertönen: „Schiffe, Schiffe, Schiffe“. Die Friedensleistung der

lörigen. Ich wiederhole es: Ein so junges Mädchen wie Sie muß sich fremden gegenüber vorzigig sein.“

Henrika schwieg. Sie grub die Zähne in ihre Unterlippe. Wie ein Blitz des Hasses floß aus ihren halbgeschlossenen Augen ein schneller Blick zu Fred hin.

„Sie hätte ihm eben alles mögliche ins Gesicht schüttern können! Sie mußte ja, daß er sie verachtete und Hans Grönwalds bemitleidete. Warum eigentlich? Was wollte er denn viel von ihr? Er kannte sie ja kaum. Er war ein Mensch aus einer anderen Welt. Er hatte für nichts anderes als für das, was seine gewohnte Umgebung war, Verständnis. Und sie, Henrika, war hier in Deutschland fremd und fremdblos, war wie verloren. . . Sie hatte den größten Teil ihres Lebens in der Einsamkeit der Wälder verbracht, als das deutsche Emigrantentum, das sich nach dem Tode ihrer Großmutter ihrer angenommen hatte, in einen anderen Teil des Landes verzogen war. hatte sie fast niemand gehabt, der sich um sie kümmert. Ihr Großvater hatte sich für fast nichts anderes interessiert als für seine geschäftlichen Unternehmungen.“

„Nein, Henrika, die kinderlos waren, hatten sich liebevoll mit der kleinen Henrika by Santos beschäftigt. Es waren Leute, die früher bessere Tage gesehen hatten. Von ihnen hatte das Kind stehend deutsch sprechen gelernt.“

Diese erste Stunde auf deutschem Boden dünkte Henrika namenlos schwer, sie hatte Heimweh nach der Einsamkeit des Urwaldes, ja sogar nach der schallenden Stimme ihres alten Großvaters, die auf ewig verstummt war. . . Brennend, Tränen traten in ihre Augen, es würgte sie etwas im Hals — sie schluckte alles tapfer hinunter. Sie mußte jetzt vorwärts. Dabei hatte sie eine entsetzliche Scheu vor den fremden Verwandten in Berlin.

Wenn sie wenigstens etwas Näheres über Hansens Mutter und Großvater gewußt hätte! Sie getraute sich nicht, ihren Reisebegleiter nach ihnen zu fragen. Sie wußte nicht, daß er die Grönwalds in der Meißstraße überhaupt nicht kannte. Seine Kreise in Berlin waren selbstredend ganz andere als die der verwitweten Frau Rehnungsrat, Hansens Mutter.

Das Auto hielt vor einem der ersten Hotels Hamburgs.

Fred half Henrika aus dem Wagen. Es wäre ihm nie eingefallen, die unheimliche Form ihr gegenüber irrendwie zu verlegen, insbesondere hier unter den Augen des Hotelpersonals, das ihn, der häufig geschäftlich in Hamburg zu tun gehabt hatte und immer hier im Hotel Wohnung nahm, persönlich kannte.

(Fortsetzung folgt.)

Werken von fast 2 Millionen Tönen im Jahr zu erreichen, davon ist auch bei der höchsten Anstrengung nicht zu denken; denn eine große Anzahl erschöpfter und geistiger Arbeiter sind den Werken entzogen und ins Meer eingereist worden, wie der „Manchester Guardian“ vom 16. April hervorhebt, besteht die Gefahr, daß die neue Aushebung von 500000 Mann nicht nur noch mehr entzieht. Nur fürs erste sollen nach der Verfügung des Kriegsministeriums geübte und erfahrene Werkarbeiter von der Aushebung befreit sein. Wechselt es nach schließung um England stehen, wenn es sich genötigt sieht, in die Industrie einzugreifen, der es alles verbannt, von deren Tätigkeit geradezu alles abhängt. Ohne Schiffe keine Schifffahrt, keine Einfuhr, ohne Einfuhr Hungers not.

England ist dabei, selbst den Akt abzuschneiden, auf dem es steht. Verständlich wird das nur durch die allgemeine Lage. England muß versuchen, durch ein Aufgebot seiner gesamten männlichen Kräfte den Krieg in einer entscheidenden Schlacht zu Ende zu bringen, bevor der Unterseebootskrieg seine ganze Handelsflotte und mit ihr die Grundlage der englischen Wirtschaft vernichtet. Die Mut und Hartnäckigkeit der Schiffe bei Arras ist bezeichnend für die Lage, in der sich England befindet.

Der Wirrwarr in Rußland.

Rücktritt des russischen Kriegsministers.

W. Petersburg, 14. Mai. (Melbung des Reuterschen Büros.) Kriegsminister Gutschkow ist zurückgetreten.

W. Petersburg, 15. Mai. (Pet. Tel.-Ag.) In der Sitzung der Vertreter der Front machte Kriegsminister Gutschkow Mitteilung von seinem Rücktritt und verlas folgendes Schreiben, das er an den Fürsten Nowo gerichtet hat. Unter den Bedingungen, in die die Regierungsgewalt, insbesondere die Kommandos des Kriegs- und Marineministers, in Bezug auf See und Flotte gesetzt ist, Bedingungen, die ich nicht zu ändern vermag, und die verhängnisvolle Folgen für die Verteidigung der Freiheit und sogar für den Bestand Rußlands zu haben drohen, kann ich das Amt eines Ministers des Krieges und Marine nicht länger ausüben und die Verantwortung für die schweren Fehler, die man am Vaterlande begeht, nicht teilen.

W. Amsterdam, 16. Mai. (Nicht amtlich.) „Allgemeines Handelsblatt“ meldet wieder der Petersburger Reichsanwalt des „Daily Express“, daß die Klagen des Kriegsministers Gutschkow über die zunehmende Gefährdung der Front in Rußland besonders deshalb von großer Bedeutung sind, weil der Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates seine Befugnisse als Regierungsgewalt überträgt und sich mit Hilfe der Petersburger Telegraphen-Agentur mit ausländischen Regierungen in Verbindung setzt. Die rote Garde von bewaffneten Arbeitern hat vorgeschlagen, einen organisierten Militärdienst ins Leben zu rufen, um unabhängig vom Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates einzuschreiten, wo die Regierung das für notwendig hält.

W. Berlin, 15. Mai. Der erste Ministerkabinett im neuen Ansehen sagt die „Post“: „Der aus dem Kreis der Großindustrie kommende Gutschkow, neben Miliutin der angesehenste Verteidiger der imperialistischen Richtung in der russischen Regierung, hat von seinem Posten wegmüssen, und wahrscheinlich dem von dem Arbeiterrat ausgeübten Druck gerne nachgegeben. Nach der wenigen Tagen schiederte er die Zustände an der Front als geradezu unheilbar. Er legte die schweren Mängel im Versorgungswesen, im Munitionswesen, in der Handhabung der Disziplin mit auffallender Offenheit dar. Er hat die Schwere der Lage, hier Wandel zu schaffen, als unüberwindlich erkannt, und es vorgezogen, freiwillig zu gehen, um der Verantwortung für die von ihm geschaffenen Zustände auszuweichen und diese Verantwortung anderen Faktoren zuzuschreiben.“

Die Generale Kuzki und Kornilow.

W. Bern, 15. Mai. Die Enthebung des Generals Kuzki vom Oberbefehl ist nach Partier Berichten der „Stampa“ auf Verlangen des Arbeiter- und Soldatenrates erfolgt, da Kuzki der einflussreichen Regierung vorgezogen hätte, zu ihrem Schutze seine Truppen nach Petersburg marschieren zu lassen.

W. Berlin, 14. Mai. Der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet aus Rotterdam: Nach einem Petersburger Drahtbericht erklärte der Kommandant der Garnison von Petersburg, Kornilow, er habe seine Entlassung angenommen, weil eine Anzahl Befehlshaber beanspruchte, die Garnison zu befehligen, und weil der Rat der Arbeiter und Soldaten alle Befehle des Generals zur Befehlsbefolgung borensetzt haben wollte.

Disziplinlosigkeit.

W. Berlin, 15. Mai. Laut „Berl. Boten“ laufen Nachrichten über eine volle Disziplinlosigkeit in Rußland aus den verschiedensten Teilen des Landes ein.

Abreise des französischen Botschafters.

W. Berlin, 15. Mai. Zur Abreise des französischen Botschafters aus Petersburg wird neuerdings wieder berichtet, er sei mit unbestimmtem Urlaub nach Frankreich gegangen.

Keine Arbeitermiliz.

W. Bern, 14. Mai. Vorerklärer melden aus Petersburg, der Vorschlag des Arbeiter- und Soldatenrates habe erklärt, daß eine Arbeitermiliz in Petersburg nicht errichtet werden dürfe.

Vorbereitungen zu einer Friedenskonferenz.

W. Bern, 14. Mai. Nach dem Petersburger Korrespondenten der „Stampa“ wird der Rat der Arbeiter- und Soldatenangeordneten zur Friedenskonferenz aller sozialistischen Parteien der kriegführenden und neutralen Länder, sowohl der Mehrheiten wie der Minderheiten, Ausschüsse aus seiner Mitte in die einzelnen Länder entsenden; gleichzeitig soll eine Abordnung in Stockholm die Friedenskonferenz selbst vorbereiten.

W. Budapest, 15. Mai. „Az Est“ wird aus Stockholm gemeldet: Bei der vorbereitenden Sitzung der sozialistischen Partei ist die Meldung eingetroffen, daß die russische Arbeiterpartei sämtliche sozialistischen Parteien, sowohl die der Mittelmächte als die der Ententeländer nach Stockholm zu berufen werde. Der schwedische Abgeordnete Ström sagt, diese Konferenz werde wahrscheinlich ebenfalls in Stockholm abgehalten werden. Die Ententeregierungen werden nicht umhin kommen, den sozialdemokratischen Vertretern Rasse zur Teilnahme an dieser Konferenz zu gewähren. Die Ententeregierungen würden wahrscheinlich vermeiden, mit dem russischen Arbeiterrat, der einen sehr mächtigen Einfluß ausübt, in einer Gegenpartei zu werden. Es ist wohl möglich, sagte Ström, daß diejenigen sozialistischen Mehrheitsparteien, deren Programm nationalitätlos oder imperialistische Bestrebungen verrät, werden genötigt sein werden, es bei dieser Konferenz einer Durchsicht zu unterziehen. Es sollte dieser Schritt für einen wichtigen Schritt auf

dem Wege zum Frieden, weil ja jeder ein, daß der Arbeiterrat nicht im Gegensatz zu der vorläufigen Regierung sich stelle, als er diese Einladung abgelehnt hat.

Der türkische Tagesbericht.

W. Konstantinopel, 15. Mai. (Heeresbericht vom 12. Mai.)

Trakfront: Zwei russische Abteilungen hatten den Oberlauf der Diale überschritten. Die nördlichere Abteilung, bestehend aus zwei Kompanien, einer Eskadron und einem Gebirgsgepäck, wurde am 10. Mai nach kurzem Kampf über den Fluß zurückgeworfen. Die andere Abteilung wurde am 11. Mai durch einen Kavallerieregimenten und einer Batterie. Der Angriff dieser gemischten Abteilung wurde zunächst durch unter am dem westlichen Ufer stehenden Kräfte aufgehalten. Dann wurde der Feind umfassend von Norden und Süden angegriffen und mußte mit großen Verlusten über den Diale zurückgehen. Es ist nachträglich festgestellt, daß an dem Gefecht am Karapaz, südlich von Suleimanie, in Persien, drei feindliche Kavallerieregimenter, ein Infanterieregiment und eine Batterie teilgenommen haben. Der Feind ließ nach diesem Gefecht zwei Offiziere und 60 Mann tot vor unseren Stellungen liegen.

Kaukasusfront: Die allgemeine Ruhe an der Front wurde nur durch erfolglose feindliche Patrouillenunternehmungen und wirkungslose Artilleriefeuer unterbrochen. Sinaifront: Am 11. Mai hatte eines unserer Flugzeuge (Leutnant Schleißer und Leutnant Dahm) einen längeren Aufenthalt mit zwei feindlichen Flugzeugen zu bestehen. Das eine feindliche Flugzeug wurde hinter der feindlichen Linie ab. Das andere entkam. An dieser Front sonst keine Kampftätigkeit.

W. Konstantinopel, 15. Mai. (Heeresbericht vom 13. Mai.)

Neuereiche Verluste der Russen den Diale südlich von Schirwan-Kala zu überschreiten, wurden abgewiesen. — In der Mitte der Kaukasusfront verliefen die Patrouillenengefechte zu unseren Gunsten. Gefangene wurden erbeutet und Fernsprenger erbeutet. Auf dem linken Flügel fand außer dem üblichen Artillerie- und Infanteriefeuer kein besonderes Ereignis statt. — An den anderen Fronten nichts Wichtiges.

Deutscher Reichstag.

W. Berlin, 14. Mai.

Am Bundesratsitz: Seltzer, Schröder. Präsident Dr. Kömpf eröffnet die Sitzung um 11.20 Uhr. Der Ergänzungsetat betr. Ausbau des Gebäudes des Reichsministeriums wird in zweiter Lesung beraten.

W. Berlin (Str.) empfiehlt namens des Hauptauschusses den Antrag der Vorlage, da die Erweiterung des Reichsministeriums notwendig sei und die Kaufpreise angemessen seien. Die Vorlage wird unangetastet angenommen.

Es folgt die zweite Lesung der Novelle zum Stollengesetz. W. Stöbe (nat.): Wir werden für die Erhöhung der Stollpreise, die durch die Mehrkosten der Rohindustrie gerechtfertigt sind, stimmen. Das ist das einzige zur Verhütung stichende Düngegesetz. Die Rohindustrie leistet im letzten Sinne des Wortes Kriegsdienst. Sie beschützt sich hauptsächlich in einer Weise, unter der auch die Volksernährung leidet. Die Vorlage trägt sich nicht nur auf Arbeiter und Maschinen, sondern auch auf Finanz der Rohindustrie. Die Werke arbeiten mit Unlust, da der Mensch nach Interesse geht. Eine nennenswerte Erhöhung der Produktionskosten der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ist nicht zu erwarten. Eine Erhöhung der Löhne der Arbeiter und Arbeiter geht mit der Preisregelung Hand in Hand.

W. Stöbe (Nat.): Die Mäße ist hauptsächlich in der gewaltigen Zermürung der Rohwerte begründet. Wir wünschen unsere Forderung auf Verbesserung der Rohwerte auf das Reich. Ich hätte um Annahme des Antrages, daß die neuen Zulagen vom 1. Juli 1917 ab zu zahlen und im Verhältnis der Lohnsätze von dem bisherigen Lohn gewinn aufgeführt werden. Neue Lohnforderungen sind zu erwarten, da auch diese Zulage nicht genügt.

W. Götting (N. B.): Ich beantrage, daß die Preisregelung nicht in der ursprünglichen Vorlage enthalten war. Die Rohindustrie ist notwendig, so lange der Reichstag sich mit ihr beschäftigt. Nicht zureichende Werke sollten zusammengefasst werden. Die ganze Industrie würde dadurch verfallen. Die jetzt nicht ausreißenden Arbeitskräfte würden ausreichend verteilt. Ein Beweis für die Steigerung der Produktionskosten ist nicht erbracht. Wir wollen gern helfen, aber uns nicht von den Interessen einengen lassen. Die Arbeiterentschlüsse dürfen nicht eingeschränkt werden.

W. v. Brochhausen (Konf.): Die Rohindustrie muß leistungsfähig erhalten werden. Nach dem Krieg muß im Interesse der deutschen Volkswirtschaft ein Export wieder einleiten. Wir beantragen Ersetzung des Absatzes über Vorlegung der Lohnnachweise an die Arbeiterentschlüsse, geordnete Lohnnachweise und Annahme einer Resolution, die die Arbeiterentschlüssen voll wohnt.

Ministerialdirektor Dr. Richter: Der sozialdemokratische Antrag würde spätere Lohnzulagen erschweren und das Ergebnis der jetzigen schlechten Wirtschaft für die Lohnverhältnisse festlegen. Die Durchschlüsselhöhe durch Arbeiterentschlüsse festzusetzen, ist fast unmöglich. Es würde auch im Hinblick auf die Arbeiterentschlüsse gebracht werden.

W. Arendt (D. Fr.): Wenn wir diesen Krieg durchhalten, so gebührt auch der Rohindustrie Dank. Wir müssen ihr in ihrer Notlage helfen. Eine grundsätzliche Monopolgesetz zu sein, halte ich ein Monopol nicht für zweckmäßig. Die Arbeiterlöhne müssen auch erhöht werden.

W. Götting (N. B.): Die Befestigung der Arbeiterentschlüsse ist unzulässig.

W. Arendt (Nat.): Die geringe Verbesserung der Vorlage durch Verzichtnahme der Arbeiterentschlüsse darf nicht beschränkt werden. Nach einigen weiteren Bemerkungen schließt die Aussprache.

Die Vorlage wird in der vom Ausschuss beschlossenen Form angenommen unter Annahme des erwähnten sozialen Antrages.

Es folgt die dritte Lesung der Vorlage.

W. Arendt (D. Fr.): Nach dem Ergebnis der Abstimmung der zweiten Lesung werde ich gegen die Novelle stimmen. Die Vorlage wird ebenfalls nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen.

Es folgt die dritte Lesung des Etats.

Beim Etat des Reichsamt des Innern führt W. Arendt (Nat.) aus: Die allen Klagen über die Zensur bescheiden noch immer. Die Mittelschichten vermissen gar zu oft die Begriffe Medaillen und Dekrete. Pressefreiheit ist eine notwendige Ergänzung des Parlamentarismus und des öffentlichen Lebens überhaupt.

W. Stresemann (nat.): Wie steht es mit dem Wiederaufbau unserer Handelsflotte? Ist nicht bis zum Wiederaufbau des Reichs eine Vorlage zu erwarten.

Staatssekretär Helfferich: Durch den Eintritt Ansettias in den Krieg wurde der von uns ausgearbeitete Entwurf hinfällig. Eine neue Vorlage wird dem Reichstag bei der nächsten Sitzung vorgelegt.

W. v. Brochhausen (Konf.): Wie steht es mit der Aufstellung eines einheitlichen Planes zum Ausbau der Wasserstraßen. Für das Kleinwohnungswesen müssen öffentliche Gelder zur Verfügung gestellt werden. Insbesondere ist der Bau gesunder Wohnungen und die Anlage gesunder Straßen für die Jugend von der größten Bedeutung. Die Häuser hätte als billiges Wohnungsmittel zulässig gelassen werden müssen. (Lachen.) Die vielen Kriegsgesellschaften befinden sich in der Schmelze der Lieferungen. Durch tägliche Rücklieferungen sollte eine gründliche Revision derselben in die Wege geleitet werden.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Auf die Frage der wirtschaftlichen Mobilmachung will ich jetzt nicht eingehen. Sie wird besser nach dem Krieg erörtert. Der Kriegsausgleich für Ersatzmittel hat eine wesentliche Tätigkeit erbracht. Seine Erzeugnisse können auch im Frieden von Nutzen sein. Außerdem sind als Vorkaufungen

mittel nicht ungenügend, dazu ist ihre Menge zu gering. Eine Kontrolle der Kriegsgesellschaften wird im nächsten Jahre durchgeführt werden. Mit dem Ende des Antrags zur Förderung des Wohnungsbaus bin ich einverstanden. Ueber die Wasserstraßen ist heute ein Ergänzungsetat eingebracht worden, der die finanzielle Befestigung des Reichs an den Wasserstraßen sicherstellt.

W. Dr. Richter (nat.): Dem Wohnungsantrag stimmen wir zu. Die Kriegsgesellschaften sollten bald von der Billigkeit verstanden werden, wenn sie auch ungenügend viel gutes geleistet haben.

W. Reichling (N. B.): Wir begrüßen den Entschluß, die Wasserstraßen zu fördern. Ammögich ist es, alle Kriegsanwärter und Kriegsgesellschaften von Grund aus zu revidieren zu wollen.

Ministerialdirektor Müller gibt Auskunft über den Umfang der Wein-Einfuhr und erklärt, das Personal der Kriegsgesellschaften lege sich von Reichsrenten und Zinsen zusammen.

W. Dittmann (N. B.): Die Neuorientierung wird man sich erkämpfen müssen. Das Volk leidet unter dem Belagerungszustand. Es herrscht die gleiche Notlage wie bei den Nachschubern in Mexiko. Man hat eine Forderung, daß die gleichen Folgen auch hier eintreten. Die Forderung muß da als Schutzengel bedacht in Verbindung mit dem Verfassungsausschuß. Die Militär der Militärschicht greift immer tiefer in die persönliche Freiheit des Einzelnen ein. Bei uns blüht der Wohlstand.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Die Rede des W. Dittmann ist der schlagendste Beweis dafür, daß der Belagerungszustand nicht aufgehoben werden kann. Solange Notden liegen nicht im Interesse von Reich und Volk, sie sind bedauernd für das ganze Volk. Wir sind stolz auf die Zustände, die vor dem Krieg bei uns herrschten. Der Vorrede ist nicht schuld, daß das Volk die gewaltige Disziplin geliebt hat. Man war es unermüdet, daß die Arbeiter nach einigen Tagen zur Arbeit zurückkehrten und in keinem Falle wurde versucht, die kongressarischen Fälle auf dem Reichstage ordnungsmäßig zu erledigen. Da mußte ich auf die Einzelheiten eingehen.

W. Hansen (Nat.): Gegen die dänische Presse in Norddeutschland wird mit allen Mitteln angeklammert, auch gegen feindliche Blätter rein erbaulichen Inhalts.

Ministerialdirektor Dr. Ewald: Weshalb haben sich die Herren nicht an die vorgelegene Reichsrentenstelle, dem Militärrentenamt in Berlin, gewandt? Das ist für die Herren, als die im Hause aufstehenden Herren. Dieser Fall bereits 22 Reichsrenten eingegangen, vier sind noch nicht erledigt, sechs abgewiesen. Alle übrigen hatten Erfolg.

W. Bernheim (Nat. B.): Unter der Hand leidet am meisten der Arbeiter. Man weiß nicht, wer in Deutschland regiert, wer über das Schicksal des Volkes bestimmt.

W. Dittmann (Nat. B.): Die Rede des Staatssekretärs des Innern fand auf dem Niveau des Reichsrentenamt zur Befriedigung der Sozialdemokratie. Wir bedauern am meisten, daß Anlag zu solchen Beschlüssen vorliegt.

Staatssekretär Dr. Helfferich: In den Kommissionen sind wesentliche Verbesserungen für den Belagerungszustand erreicht worden. Es ist zu bedauern, daß einzelne Wünsche nicht erfüllt werden, um vor der ganzen Welt unsere Zustände in dieser ersten Zeit als den besten zu zeigen. Es ist unerträglich, daß in dieser ersten Zeit solche Worte aus dem deutschen Munde gesprochen werden. (Lachen.) Wenn der W. Bernheim jeden Frieden lieber sehen würde, als die Fortdauer des Krieges, so würde ich ihm nicht. Dieser wollen wir zu Grunde gehen, als einen schmerzlichen Frieden schließen. Für die Bestimmungen unserer Truppen stellt der Herr Bernheim und Dittmann jedes Verständnis. Ich habe einen Belieben mit diesen Unternehmungen von Mannschaften erhalten, in dem es heißt: Wir sollen die Herren nur einen Tag in den Schützengraben schicken.

W. Landsberg (Nat. B.): Die Worte über die wunderbare Disziplin unserer Volksgenossen ist wunderbar, aber ich vermute nicht, wie Staatssekretär Helfferich für die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes einzutreten kann.

W. Götting (Nat. B.): Einen schmerzlichen Frieden will auch Bernheim nicht. Das Preisgeheimnis sollte gewahrt werden. Die Postpreise ist verfassungswidrig. Damit schließt die Aussprache.

Die Resolution betr. den Kleinwohnungsantrag wird einstimmig angenommen.

Der Etat des Innern wird erledigt. Nächste Sitzung Dienstag 10 Uhr. Anfragen, Interpellationen, Fortsetzung der Entschlüsse, Schluß nach 1/2 Uhr.

Privatversicherung.

W. Berlin, 14. Mai. Der Hauptauschuss des Reichstags hat mit Zustimmung des Staatssekretärs des Innern eine von Fortsch. Seite beantragte Entschlüsselung angenommen: Das Ausschussamt für Privatversicherung soll ermächtigt werden, die Wiederaufnahme erforderlicher Versicherungen von Kriegsteilnehmern und anderen infolge des Krieges in Schwierigkeit geratenen Versicherten herbeizuführen.

Aus dem Reich.

Die Säuglingssterblichkeit in Deutschland.

W. Berlin, 14. Mai. Nach der letzten bekannt gegebenen Statistik des kaiserlichen Gesundheitsamtes weist die Säuglingssterblichkeit in Deutschland fortwährend günstige Ziffern auf. Auf je 100 Lebendgeborene kommen Sterbefälle im ersten Lebensjahr 14,8. In deutschen Orten mit 15 000 und mehr Einwohnern im Jahre 1913: 14,2, im Jahre 1914: 14,5, im Jahre 1915: 14,4, 1916: 13,3. Für die 26 deutschen großen Städte mit 200 000 Einwohnern und mehr stellt sich die Zahl noch günstiger. Auf je 100 Lebendgeborenen kamen dort 1914: 15,3, 1915: 13,9, 1916 nur 13 Kinder im ersten Lebensjahr.

Das Ende der Kleingeld-Hamster.

Zinkmünzen in Sicht!

* Aus Berlin wird geschrieben:

Der vereinte Kampf der Presse und aller berufenen Organe zu verständiger Aufklärung gegen das Hamstern in jeder Form hat gezeigt, daß nichts schwerer auszurufen ist, als alleingewaltige Anstalten. Vor allem die mittelalterliche Gewohnheit des Kleingeldhamsterns, die so gar nicht in unsere aufgeklärte Zeit passen will, und die für jeden verständigen Menschen völlig unverständlich ist, hatte sich nach und nach zu einer Gefahr für die glatte Abwicklung des Verkehrs ausgewachsen. Die vermehrte Anordnung von Halbmarkstücken, die seit Ende März 1914 zu den vorhandenen 98 Millionen 38 Millionen, also 40 Prozent, bei dem Gehalt und Münzgewichtstücken 22 Prozent betrug, hat dem Mangel nicht abhelfen vermocht. Der Geldbedarf an den Fronten und der Bedarf in den besetzten Gebieten sind nicht allein daran schuld, sondern vor allem das unheimliche Hamstern. Vor einigen Tagen ging die Nachricht durch die Presse, daß eine Dame in einem Sparrenschloß für 150 Mark silberne Drei- und Fünfmarsstücke und für 20 Mark kleines Kleingeld gegen Papier einwechselte und ankündigte, die nächsten Gelegenheiten werde sie weitere 75 Mark einwechseln. Es mögen auch andere Hamster unruhig und befocht geworden sein, angefaßt der Anordnung in der Presse, veränderte Münzen auszugeben und dann mit ganz kurzer Frist die je 100 Mark Scheidemünzen, vor allem die 20- und 10-Mark- und 5-Markstücke außer Kurs zu setzen.

In der Reichsversammlung vom 2. Mai hat der Direktor im Reichsamt Dr. Schröder befohlen, daß solche Einwendungen tatsächlich schwächen. Wie wir nunmehr von amtlicher Seite erfahren, hat inzwischen das Reichsamt mit größerer Menge von Zink bei verschiedenen Werken zur Herstellung von Münzen bestellt. Die Bedingungen werden mit größter Eile erfüllt. Sobald genügend Zinkmünzen geworfen

... wird an die geplante Kuferturssetzung der Sil-
ber- und Wiedelfängen herangegangen werden. Demite-
r kann zu Verlusten kommen, werden zum Schaden auch noch
den Spott haben.

Badischer Landtag.

Am Regierungstische: Die Minister Dr. Fischer u. Bodman und
Dr. Rheinboldt und Regierungskommissare.
Am 4. Uhr 15 eröffnete Präsident Hochstuf die Sitzung. Der
Schriftführer, Abg. Köhler, verlas die Eingänge, die zum Teil für
den nächsten Landtag zurückgestellt wurden. Präsident Hochstuf gab
weitere Eingänge bekannt. Darauf legte der

Finanzminister Dr. Rheinboldt

einen Antrag zum Gesetze, betreffend die Feststel-
lung des Staatshaushalts. Gefordert werden 554000
Mark für Erweiterung der Häfen und der Gasanlagen im
Rheiner Hafen und 39000 Mark zur Bekämpfung des Bestan-
des an Güterwagen und führte aus, daß die Forderungen
dringlich seien. Ferner brachte der Finanzminister einen Geset-
zentwurf ein, nach dem die Summe von 3714000 Mk. zum Ankauf
der Fendel- und Gutfahrer-Aktien geordert wird. Diese
Forderung wurde veranlaßt durch die Stellungnahme der Budget-
kommission; sie tritt an Stelle des zu Beginn der Tagung vor-
gelegten Nachtrags, der nun zurückgezogen wurde.
Der Minister machte nun Mitteilungen über

die Beteiligung des Landes an der sechsten Kriegsanleihe.

Nach den dem Finanzministerium vorliegenden Aufzeichnungen
betrifft die Zeichnungen in Baden bei der sechsten Kriegs-
anleihe auf 504 911 300 Mark, gegen 408 Millionen bei der fünften,
427 Millionen bei der vierten, 439 Millionen bei der dritten
Kriegsanleihe. Von den 505 Millionen bei der sechsten Kriegs-
anleihe wurden 460 Millionen bei den Banken und bei den Spar-
kassen, 370 Millionen bei den Kreditkassen, 7 Millionen bei den
Postanstalten gezeichnet. Die Zeichnungen betragen 3,39 Prozent
der gesamten Kriegsanleihe. Sie übersteigen wesentlich
den von der Bevölkerungszahl von Baden zu er-
wartenden Anteil, der 3,3 Prozent beträgt, um 0,09 Pro-
zent. In diesen Zahlen sind die Zeichnungen nicht enthalten,
bei denen sich die Baden im Kriegsliefer sehr stark beteiligt
haben. Wir dürfen mit Stolz feststellen, daß das badische Volk
seinen bewährten vaterländischen Opfersinn gezeigt hat. Sollte es
noch eine siebente Kriegsanleihe geben, so wird dies wie-
derum der Fall sein. Im ganzen hat das badische Volk rund
2 1/2 Milliarden Mark aufgebracht. Hierfür gebührt Dank allen
denen, die zu diesem Erfolge beigetragen haben; vor allem der
Presse, die tagtäglich in würdevoller Weise die Bevölkerung
aufklärte und ernste Mahnungen zur Pflichterfüllung an sie rich-
tete, dann den Banken, den Kassen, den Geistlichen und
Lehrern und denen, die durch öffentliche Vorträge und an-
dere Arbeit, durch Wort und Schrift zu dem großen Erfolge bei-
getragen haben. Die sechs Kriegsanleihen waren ein großer be-
deutungsvoller Sieg, ein Sieg der deutschen silbernen Ägeln, die
den deutschen Waffensieg, den Gott uns bald beschicken möge,
den Weg bereitet. (Beifall.)

Die Kommissionen.

Der Präsident teilte mit, daß die Budgetkommission den Abg.
Köhl (nat.-lib.) zum Vorsitzenden, den Abg. Lehmann (nat.-lib.) zum stell-
vertretenden Vorsitzenden, den Abg. Böttger (Soz.) zum Schriftführer
und die Kommission für Justiz und Verwaltung den Abg.
Marum (Soz.) zum Vorsitzenden, den Abg. Koch (nat.-lib.) zum stell-
vertretenden Vorsitzenden und den Abg. Wiedemann (Soz.) zum
Schriftführer gewählt habe.
Abg. Wed (fraktionsloser Sozialdemokrat) beschwerte sich darüber,
daß die Stadt Forstheim (wo Wed gewählt ist) in keiner der Kommissio-
nen vertreten sei. Er sei bereit gewesen, in ihnen mitzuarbeiten.
Abg. Koch (Soz.) stellte fest, daß der Abg. Stodinger als Stadt-
rat von Forstheim auch ein Vertreter der Stadt Forstheim sei, die Stadt
Forstheim sei also durch Stodinger in der Budgetkommission vertreten.
Darauf trat das Haus in die Tagesordnung ein.
Für die Kommission für Justiz und Verwaltung er-
teilte Abg. Schön (nat.-lib.) den Bericht über den Entwurf eines Ge-
setzes

über die Änderung des Postgesetzes und des Gesetzes über das Postfachrecht.

Der der Kammer vorgelegte Gesetzentwurf hat bereits als provi-
sorisches Gesetz vom 16. Juni 1916 geollten. Durch die neuen Ver-
ordnungen soll u. a. folgendes bestimmt werden: Das Sammeln von
Brieffen, Karten und Wägen im Wege, auf Wechsellatern, Nebungen
und dgl. kann von den Post- und Grundbesitzern verboten oder
an beschränkende Bedingungen geknüpft werden. Die Zustimmung
der Post- und Grundbesitzer gilt als erteilt, wenn die Eigentümer
von mehr als der Hälfte der Fläche der auf der Gemarkung vorhan-
denen Wohnungen, Geschäften, Werkstätten, Anlagen und dergl. innerhalb einer
von der Postbehörde zu bestimmenden Frist sich für das Verbot oder
die beschränkende Bedingungen ausgesprochen oder eine Erklärung nicht
abgegeben. Ohne Zustimmung der Post- und Grundbesitzer ist die
Postbehörde befugt, für ihren Bezirk oder Teile desselben die
Besondere Bestimmungen festzusetzen über die Verwendung von
Sammelstellen, welche die Posternente oder den Postzweck des
Brieffen, keine das Postfach und Wägen von Briefen zu einem ge-
wissen Zeitpunkt zu verhindern. Die Postbehörde ist befugt, die von
den Posternenten der Post- und Grundbesitzer zu erlassenden Ver-
ordnungen einzelner Post- und Grundbesitzer aufzuheben, wenn
diese Verbote oder Beschränkungen das rechtliche, öffentliche
Interesse gefährden oder die wirtschaftliche Verwendung von Gegenständen
hindern, deren öffentliche Interessen entgegensteht, oder wenn das
Sammeln eines öffentlichen Interesses entgegensteht, oder wenn das
Sammeln des öffentlichen Interesses bildet. Alle Anordnungen sind
nicht rückwirkend, sondern ab dem Zeitpunkt der Verkündung, ge-
hörig zu machen. Die Kommission hat einige Änderungen an dem
Gesetzentwurf vorgenommen und beantragt die Annahme in der
beigebenen Form.

Abg. Keller (Soz.) stimmte dem Entschluß des Hauses gegen die Beschränkung zu bezüglich der Posternente gebe der Entwurf zu weit- gehender als Postbehörde könne die Gemeindebehörde den Zeitpunkt der Posternente feststellen.

Abg. Koch (nat.-lib.): Der Gesetzentwurf ist dem Bestreben
entsprechend, auch die Wechsellatern für die Volksernährung sicher
zu stellen. In hoffen ist jedoch, daß aus dem Gesetze kein
Verbot entstehen wird, und daß derjenige, der
Verordnungen mit sich führen muß. In hoffen ist ferner, daß die
Posternente vollständig eingehalten wird und das geht wohl nicht
ohne Organisation. In der Gegend von Königfeld sind
große Flächen die Weeren im vorigen Jahre nicht geerntet
worden. In solchen Fällen sollten Schmelzwerke veranlaßt wer-
den, die Weeren zu sammeln. In den letzten Jahren ist der Gemut-
ter über die Weere mehr verbreitet wird. Die meisten Begrif-
fungen werden nicht durch giftige Weere, sondern durch verdorbene
Weere verursacht.

Abg. Rehrer (Zentr.) richtete sich gegen die Ausführungen des Berichterstatters und des Abg. Koch und machte Einwendungen gegen die rechtlichen Grundlagen des beschriebenen Gesetzes.

Abg. Marum (Soz.) erklärte die Zustimmung seiner Fraktion.
Abg. Lehmann (nat.-lib.) erklärte sich im allgemeinen damit
einverstanden, daß man die Weere als Giftarbeiten auf dem
Lande heranzüchten. Bezüglich der Weerearbeiten auf dem
Lande ist als Beobachter der Dinge, die ich gesehen habe, eine
Weere, daß nach Jahre hinaus keine Weere mehr wachsen. Auf
dem Wege nach der Stadt haben sie dann das, was sie gesammelt
haben, aufgegeben.

Abg. Müller-Weinheim (nat.-lib.) beschwerte sich darüber, daß
man Weeren, die bei Weinheim auf heiligem Gebiete gesammelt
wurden, nicht über die Grenze lasse. Die Gendarmen hätten
den Sammlern Weeren abgenommen, ja, sie sollen sie aus-
geschüttet haben. Nach weiterer Debatte an der sich die Abg.
Rehrer (Zentr.), Wed (nat.-lib.), Ullrich (Zentr.), Spang
(Zentr.) beteiligten, erklärte Finanzminister Dr. Rheinboldt,
daß die Regierung der abgeänderten Form des Gesetzes zu-
stimmen werde. Gegenüber dem Abg. Belzer nahm der
Minister die Postbehörde in Schutz. Dem Abg. Rehrer
gegenüber stellte er fest, daß die Rechtsgrundlage auf dem Ein-
führungsgebiete des Bürgerlichen Gesetzbuches beruhe.
Nach weiteren kurzen Ausführungen des Abg. Rehrer
(Zentr.) und des Berichterstatters Abg. Schön (nat.-lib.) wurde der
Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

Abg. Schupp (Soz.) berichtete über das provisorische Ge- setz vom 10. November 1916

die Änderung des Kostengesetzes

betr. Das Gesetz wurde einstimmig angenommen.
Abg. Wittmann (Zentr.) berichtete über den Gesetzentwurf,
betreffend

die Verlängerung der Landtagsperiode.

Danach soll die Mitgliedschaft der für die am 21. Oktober
1917 ablaufenden Landtagsperiode gewählten und ernannten
Angehörigen der Ersten und Zweiten Kammer der Landstände
bis zum 21. Oktober 1919 verlängert und der Par. 2 Absatz 2
des Gesetzes vom 24. August 1904 betreffend die Wahlrechts-
eintragung für die Wahlen zur Zweiten Kammer der Stände-
versammlung die Worte bis zum 1. Juli 1918 durch die Worte
bis zum 1. Juli 1920 ersetzt werden. Das Gesetz wurde an-
genommen.

Abg. Marum (Soz.) berichtete über den Gesetzentwurf die Ergänzung des Bürgerrechtsgesetzes.

Durch den Gesetzentwurf wird u. a. bestimmt: Ist ein
Bürgerrecht, welches im gegenwärtigen Kriege dem Deutschen
Reiche oder einem mit ihm verbundenen oder befreundeten
Staate Kriegs-, Sanitäts- oder ähnliche Dienste geleistet hat,
während des gegenwärtigen Krieges oder innerhalb eines Jahres
nach Beendigung des Krieges, oder innerhalb eines Jahres
während dieser Dienste erlittenen Verwundung, Dienstbeschädigung
oder Erkrankung gestorben, ohne das Bürgerrecht anzutreten zu
haben, so ist seine Witwe berechtigt, von dem Zeitpunkt an, in
welchem der Verstorbene das 25. Lebensjahr vollendet hatte oder
hätte, an seiner Stelle das Bürgerrecht anzutreten. Der Geset-
zentwurf wurde angenommen.

Abg. Rehm (nat.-lib.) berichtete über den Gesetzentwurf, die Wahlen zur Kreisversammlung

betreffend. Durch das Gesetz werden die Wahlen, die im Jahre
1916 fällig gewesen wären, zu einem Zeitpunkt hinausgeschoben,
den das Ministerium des Innern zu bestimmen hat.

Abg. Dr. Blum (nat.-lib.) berichtete für die Budgetkommission über das provisorische Gesetz, die Besteuerung für allge- meine Bedürfnisse der

israelitischen Religionsgemeinschaft.

Durch den Entwurf findet eine Ermäßigung der Gültigkeit der
Beiträge der Landeskasse der Israeliten vom 7. April 1914
betreffend die Erhebung der Steuer für die israelitischen Bedürf-
nisse der israelitischen Religionsgemeinschaft bis zu den Jahren
1918 und 1919 statt. Der Gesetzentwurf wurde angenommen.

Abg. Köhler (Zentr.) berichtete über das provisorische Gesetz die Besteuerung der Kriegsanleihe

betreffend. Das Gesetz enthält die Billigung der Kammer.
Abg. Koch (Soz.) berichtet über das Verzeichnis der seit Schluß des
letzten Landtags erteilten

Administrativakte.

Die Administrativakte belaufen sich auf 26 254 000 A. Sie
wurden nachträglich genehmigt. Hierauf wurde mit der Verhandlung
abgeschlossen.

Nächste Sitzung: Freitag nachmittags 4 Uhr. Tagesordnung:
Gesetz betreffend den Verkehr mit landwirtschaftlichen Grundbesitz
(Berichterstatter: Abg. Dietrich). Gesetz betreffend Erwerb von Kriegs-
anleihen für Stammkassen (Abg. Dr. Blum), Gesetz über die Brand-
versicherung (Abg. Wittmann). Ferner ist auf der Tagesordnung
Platz für die Besprechung der Feuerungsanlagen der Er-
nährungsfragen und der politischen Angelegen-
heiten vorgesehen.

Abg. Wed beschwerte sich darüber, daß der Abg. Koch den amtlichen
Verzeichnisse veranlaßt habe, ihn nicht mehr als Sozialdemokraten
zu bezeichnen.
Schluß der Sitzung 7 1/2 Uhr.

Der Arbeitsplan des Landtags.

O Karlsruhe, 14. Mai. Der Ausschuss der
Kammern der Zweiten Kammer
hat heute den Arbeitsplan für die nächste Zeit auf-
gestellt. Dienstag und Mittwoch werden Kommissions-
verhandlungen stattfinden, am Freitag und Samstag
öffentliche Sitzungen, in denen neben einer Reihe
von Belegen im Anschluß an die Kriegskredite die Fragen der
Feuerungslagen, der Kriegsernährung und
Kriegswirtschaft, sowie sonstige wirtschaftliche
Fragen beraten werden. Die nächste Woche werden in öffent-
lichen Sitzungen die allgemeinen politischen Fragen
erörtert werden. Der Schluß des Landtags wäre danach noch
vor Pfingsten zu erwarten.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, den 15. Mai 1917.

— Aus dem Hofbericht. Der Großherzog und die Groß-
herzogin wohnten am Sonntag vormittag mit der Groß-
herzogin Luise und der Königin von Schweden dem
Gottesdienst in der Schloßkirche an. Nachmittags erhielten die
Großherzöge den Besuch des Prinzen und der Prin-
zessin Joachim von Preußen, welche von Baden hier eintrafen
und gegen Abend dorthin zurückkehrten. Gestern vormittag hörte
der Großherzog die Vorträge des Geheimen Legationsrats Dr.
Seyd und des Geheimrats Dr. Freiherrn von Babo. Nachmittags
4 Uhr empfingen der Großherzog und die Großherzogin die
Mitglieder der Ersten Kammer der Ständeversammlung im
Großherzoglichen Schloß.

— Dem Badischen Heimatbund ist vom Verein chemischer
Fabriken in Mannheim ein weiterer Beitrag von 15 000 Mark zu-
gewendet worden. Für diese reiche Spende sei auch hier herzlich
gedankt.

— Auf dem Felde der Ehre gefallen. An der West-
front ist ein Mitglied des Karlsruher Journalistenstandes, Kriegs-
freiwilliger Brevetleutnant Karl Josef Peiffer gefallen. Als
Student der Rechte und der Volkswirtschaft war er vor dem Krieg
bei der Redaktion des Badischen Beobachters tätig, stellte sich so-
fort bei Kriegsausbruch freiwillig und stand 31 Monate im Felde.

— Pfingstverkehr. Zum Besuche des Turmbergs werden
während der Pfingstfeiertage von den Schaffnern der städtischen
Straßenbahn Fahrkarten zu ermäßigten Preisen ausgegeben.
Ebenso geben die Karlsruher Kolalbahnen am Pfingstfeiertage
und an den beiden Pfingstfeiertagen für die Straßen Karlsruher-
Stuten-Epöck und Karlsruhe-Dummersheim Fahrkarten zu er-
mäßigtem Preise bei verstärktem Zugverkehr aus.

— Kartoffelvorräte. In der letzten Sitzung des hiesigen
Wirtvereins teilte der Verbandspräsident Focht mit, daß
bei der Kartoffelbestandsaufnahme in der Stadt Karlsruhe bei
den Wirten 2000 Zentner mehr, d. h. über die Verforgung
über den 21. Juli hinaus, und bei den Privaten 61 000 Zentner
mehr festgestellt wurden.

— Warnung vor Feldfrevel. Das Bürgermeisteramt macht
darauf aufmerksam, daß bei der Schwierigkeit der Feld- und
Gartenbestellung in der Kriegszeit es die Pflicht eines jeden
Bürgers ist, das bebauten Feld- und Ackerland zu achten und zu
schonen und warnt nachdrücklich vor der Verletzung von
Feld- und Garten. Gegen die mit allen zu Gebote stehenden Mitteln
eingeschritten werden wird. Es sei vor allem darauf aufmerksam
gemacht, daß neben der verstärkten Feld- und Garten-
bestellung auch die Feld- und Gartenbestellung im Rahmen
der gesetzlich erlaubten Selbsthilfe zu treffen.

— Beglaubigung von Unterschriften Kriegsgefangener. Vom
Nachrichtsbureau für das neutrale Ausland, Abteilung Kriegs-
auskünfte, wird uns mitgeteilt: Es wurde bisher immer als ein
Mangel empfunden, daß Rechtsänderungen unterzeichnet
müssen, zu denen gerichtlich oder notariell beglaubigte Unter-
schriften der Gefangenen notwendig waren, weil es nicht mög-
lich war, diese Unterschriften in der gesetzlich vorgeschriebenen
Form beizubringen. Diesem Mangel hat eine neue Bekannt-
machung des Bundesrates abgeholfen. Hiernach steht es der
öffentlichen Beglaubigung der Unterschrift eines deutschen
Kriegsgefangenen gleich, wenn zwei weitere Kriegsgefangene,
die deutsche Militärpersonen sind, und mindestens im Range
eines Unteroffiziers stehen, schriftlich bezeugen, daß die Unter-
schrift des Gefangenen tatsächlich von diesem herrührt. Zum
Beweis der Echtheit einer solchen Urkunde genügt ein schrift-
liches, mit dem Dienstfeld oder Stempel versehenes Zeugnis
einer ausländischen Dienststelle, der die beiden Unterschriften
zugesandt werden. Es ist also jetzt möglich, sich Urkunden,
deren Unterschrift gerichtlich oder notariell beglaubigt sein
müssen, wie z. B. Vollmachten für Grundbuchwende, Anträge an
die Handelsregister, in rechtsverbindlicher Form auch mit den
Unterschriften von Kriegsgefangenen zu beschaffen.

— Konzert Fritz Girt — Amalie Klose. Der am Freitag den
18. Mai, abends 8 Uhr, im Museumsaal unter pianissimoer Mit-
wirkung von Amalie Klose hier konzertierende Geiger Fritz Girt
eröffnet seinen Abend mit der Sonate A-moll für Violine und Klavier
op. 23 von L. van Beethoven. Es folgt die Ciacona von F. Händel
und hierauf eine im Hochstil gehaltene Sonate von R. Schumann für
Violine allein, D-dur op. 11 Nr. 21. Zwei kleinere Nummern, das
Rondo E-dur von Mozart und das Rondo E-dur von Mozart-Kreisler
führen über zur Sonate auch eine fantasie Hans Gubens, des
Schweizer Komponisten op. 182. Der Kartenverkauf findet statt in
der Hofmusikalienhandlung Fr. Doert.

— Museum Karlsruhe. Heute, Dienstag, den 15. Mai, abends
8 1/2 Uhr, findet für die Mitglieder der Museumsvereinsgesellschaft Karlsruhe
eine Veranstaltung „Vaterländische Feiertage“ von
Freiheit und Vaterland unter Leitung des Herrn Hofkapellmeisters Hans
Gobed aus Mannheim, unter Mitwirkung des Herrn Grafen, Hof-
kammerlingers Jan von Gortz, Herrn Hans Gobed, Hof-
kapellmeisters in Mannheim und Herrn Georg Hofmann, Musik-
direktor hier, statt.

Letzte Drahtberichte.

Rücktransport der belgischen Arbeiter.

O Berlin, 14. Mai. Das Kriegsministerium hat
dem sozialdemokratischen Parteivorstand in Be-
antwortung seiner letzten Erklärung mitgeteilt, daß nicht nur die
Unrecht als arbeitslos nach Deutschland überführten Personen
(soweit das nicht schon geschehen ist) nach Belgien zurück-
kehren sollen, sondern daß in absehbarer Zeit auch alle
belgischen Zwangsarbeiter nach Deutschland heringeführt werden
sollen, die sich zur Übernahme von Arbeit in Deutschland frei-
willig nicht bereit erklären. Auch diese sollen bis spätestens 15.
Juni nach Belgien zurückgebracht werden, so daß nach diesem
Zeitpunkt belgische Zwangsarbeiter nicht mehr vorhanden sein
werden. Der „Vorwärts“ bemerkt zu dieser Mitteilung des
Kriegsministeriums, daß die Bemühungen der sozialdemokrati-
schen Partei um das Los der belgischen Arbeiter hiernit einen
erfreulichen Erfolg gehabt haben.

Die Hege gegen König Konstantin.

O Berlin, 14. Mai. Die Engländer haben jedem grie-
chischen Offizier, der sich von König Konstantin löst und
sich Venizelos anwendet, 2500 Franken versprochen.
Es zeigt sich jedoch, so heißt es in verschiedenen Morgenblättern,
daß die griechischen Offiziere nicht käuflich sind. Sie hätten
sämmtlich, obwohl die meisten von ihnen mit Geldgütern nicht
gelegenheit sind, das englische Anerbieten zurückgewiesen.

Die Stockholmer Konferenz.

Stockholm, 14. Mai. (Ag. Fabas.) Der National-
rat der sozialistischen Partei, der für den 27. Mai
einberufen ist, um über seine Haltung zur internationalen Ge-
sprächung in Stockholm zu beraten, hat den Angehörigen der
Mehrheit der Partei einen Antrag zur Abstimmung vorgelegt,
durch den die Entschickung des Vollzugsausschusses bekräftigt
wird, die Partei habe keinem französischen Sozialisten
das Mandat erteilt, die Partei in Stock-
holm zu vertreten.

Bern, 14. Mai. Der „Avanti“ beschäftigt sich mit der
Stellung der offiziellen Parteileitung zur Stockholmer Konferenz
und schreibt, daß die italienische Abordnung sich durch
kein sozialistisches Programm, sei es deutsch, französisch, öster-
reichisch oder englisch von den Grundfragen der Zimmerwalder
Konferenz abgrenzen lassen werde. Gegenüber denen, die dies
verhüten würden, zeige sich schon heute klar, daß gleichzeitig mit
der Stockholmer Konferenz der Kongress der Zimmer-
walder Sektion tagen werde, der gegenüber jedem Versuch
der Vertreter an der sozialistischen Sache, ihrer Regierung zu
nutzen, die freie internationale ohne jegliche nationalistische
Verantwortung wieder erheben lassen werde. Der sozialistische
Frieden könne nicht bekräftigt werden, bevor nicht das Proletariat
der ganzen Welt von der Verantwortung, die die Bourgeoisie
auf sich geladen habe, freigehalten werde. — Der „Welt-
Botschafter“ meldet: Der Deputierte Jean Maignan habe er-
klärt, er wolle in einer Intervention über die Haltung
der französischen Regierung gegenüber den Minderheitsdele-
gationen für Stockholm die Regierung auffordern, den Dele-
gationen keine Pässe auszustellen, da er der Ansicht
sei, daß die Stockholmer Konferenz nur deutschen Frieden diene.

Aus den Ständebüchern der Stadt Karlsruhe.

Todesfälle.

11. Mai: Eosie Detz, 72 J., Ehefrau des Privat. Theodor Detz. —
12. Mai: Edward Gantert, Tagel., 73 J.; Jakob Gaus, Maurer,
74 J.; Oskar, 12 J., S. Joh. Sent, Geiger; Karl, 1 J., S.
15 Jg., S. Karl Feilerabend, Badermeister; Christine Gaus, 58 J., E-
hefrau des Schneiders Bernhard Gaus; Dorothea Koch, 27 J., Ehefrau
des Weifenden Johannes Koch; Anna Stud, 24 J., Ehefrau des Bad-
offiziers Rich. Stud; Johann Dohler, Landwirt, Witwer, 66 J.; Mathilde,
12 J., S. W. Hof, Wiener, Hof-Kücher. — 13. Mai: Ottilie Dantes,
Ehefrau des Geigers Josef Dantes; Martha, 15 J., S. Friedrich
Weiß, Oberbuchhalter und Köcher.

